2019.SR.000028 (19/217)

Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Soziale Wohnpolitik stärken: Koordinationsausschuss «Preisgünstiger Wohnraum» einsetzen

Im Dezember 2017 hat die BSS den Bericht «Bezahlbarer Wohnraum für Armutsbetroffene» veröffentlicht. Darin schlägt die BSS verschiedenen Massnahmen vor, um mehr Wohnraum für armutsbetroffene Menschen in der Stadt Bern zu schaffen bzw. bestehenden Wohnraum zugänglich zu machen und zu erhalten.

Verschiedene im Bericht der BSS vorgeschlagene Massnahmen wurden in die Wohnstrategie des Gesamtgemeinderates aufgenommen. So beispielsweise die Schaffung eines Beratungsangebotes Wohnen, das Entwickeln und Verbreiten von Garantie-Instrumenten für Mietzinsdepots oder das Entwickeln einer Strategie zum Erhalt von günstigem Wohnraum bei Sanierungen.

Im Bericht der BSS wird auch vorgeschlagen, einen Koordinationsausschuss «Preisgünstiger Wohnraum» zu schaffen. Die Zielsetzung dieses verwaltungsinternen Ausschusses wird so definiert: «Der Koordinationsausschuss begleitet die Umsetzung der Massnahmen aus der Wohnstrategie, die auf eine Verbesserung der Wohnsituation von Armutsbetroffenen und -gefährdeten abzielen.»

Wir begrüssen die Wohnstrategie des Gemeinderates. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die in der Wohnstrategie definierten Massnahmen nun so rasch wie möglich konkretisiert und umgesetzt werden und dass dabei der Fokus auf die soziale Wohnpolitik ein grosses Gewicht erhält. Dazu erscheint uns die Einrichtung eines Koordinationsausschusses «Preisgünstiger Wohnraum» ein geeignetes Mittel. So kann eine gute Koordination zwischen den verschiedenen involvierten Ämtern (ISB, Stadtplanungsamt, Sozialamt, Fachstelle Sozialplanung, Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik...) und damit eine rasche Umsetzung der Massnahmen für mehr günstigen Wohnraum erreicht werden.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb, einen Koordinationsausschuss «Preisgünstiger Wohnraum» einzusetzen. In diesem Ausschuss sollen mindestens ISB, das Stadtplandungsamt, das Sozialamt, die Fachstelle Sozialplanung sowie der Fonds für Boden und Wohnbaupolitik vertreten sein. Der Ausschuss soll dem Austausch und der Koordination der Umsetzung der Wohnstrategie dienen und einen Fokus auf die Massnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation für armutsbetroffene Menschen legen.

Bern, 31. Januar 2019

Erstunterzeichnende: Seraina Patzen

Mitunterzeichnende: Regula Bühlmann, Rahel Ruch, Lea Bill, Katharina Gallizzi, Ursina Anderegg,

Franziska Grossenbacher, Regula Tschanz, Leena Schmitter, Devrim Abbasoglu-Akturan

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion bezieht sich auf die Wohnstrategie mit Massnahmen, die der Gemeinderat am 17. Oktober 2018 genehmigt hat. Der Stadtrat hat die Wohnstrategie am 4. April 2019 mit SRB 2019-247 zustimmend zur Kenntnis genommen und dazu diverse Planungserklärungen beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung der Massnahmen der Wohnstrategie laufen und die Ziele der Wohnstrategie werden in den Vorhaben der Stadtverwaltung und des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik berücksichtigt.

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich

erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidverantwortung beim Gemeinderat.

Die Wohnstrategie wurde von einem Projektausschuss und einem Projekteam erarbeitet. Der Projektausschuss setzt sich aus den Generalsekretären der Präsidialdirektion, der Direktion für Bildung, Soziales und Sport sowie der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik zusammen. Das Projekteam besteht aus Mitarbeitenden des Stadtplanungsamts, der Fachstelle Sozialplanung, des Sozialamts und von Immobilien Stadt Bern. Letztere vertreten den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik.

Diese Organisation hat sich bewährt und wird in der Umsetzungsphase der Wohnstrategie fortgeführt. Der Projektausschuss und das Projektteam werden die Umsetzung der Wohnstrategie inklusive sämtlicher Massnahmen steuern, koordinieren und bearbeiten. Sie werden dafür besorgt sein, dass die Massnahmen so rasch wie möglich konkretisiert und umgesetzt werden und dass der sozialen Wohnpolitik das angemessene Gewicht zukommt. Damit ist das Anliegen der Motionärin abgedeckt. Nach Ansicht des Gemeinderats ist ein separater Koordinationsausschuss «preisgünstiger Wohnraum» nicht nötig, zumal dieser gemäss Vorschlag der Motionärin aus Mitarbeitenden derselben Stellen wie das Projektteam zusammengesetzt sein würde.

Folgen für das Personal und die Finanzen Keine.

Antrag

- Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
- 2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 3. Juli 2019

Der Gemeinderat